SSOAR

Open Access Repository
www.ssoar.info

Bürgerschaftliche Initiativen für eine nachhaltige Quartiersentwicklung

Brocchi, Davide

Veröffentlichungsversion / Published Version
Kurzbericht / abridged report

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:
Brocchi, D. (2018). *Bürgerschaftliche Initiativen für eine nachhaltige Quartiersentwicklung.* (FGW-Impuls Integrierende Stadtentwicklung, 6). Düsseldorf: Forschungsinstitut für gesellschaftliche Weiterentwicklung e.V. (FGW). https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-67648-6

Nutzungsbedingungen:
Dieser Text wird unter einer CC BY-NC-ND Lizenz (Namensnennung-Nicht-kommerziell-Keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu den CC-Lizenzen finden Sie hier:
https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/4.0/deed.de

Terms of use:
This document is made available under a CC BY-NC-ND Licence (Attribution-Non Comercial-NoDerivatives). For more Information see:
https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/4.0

gesis
Leibniz-Institut
für Sozialwissenschaften

Mitglied der
Leibniz-Gemeinschaft

FGW-**Impuls**
Integrierende Stadtentwicklung 06

Bürgerschaftliche Initiativen für eine nachhaltige Quartiersentwicklung

Davide Brocchi

Auf einen Blick

- In den Städten hat sich eine Vielfalt von Initiativen gebildet, die die *Große Transformation* als Bottom-up-Prozess begreifen.
- Welche Ziele verfolgen sie? Wie verstehen sie Partizipation? Wie sind sie organisiert?
- Auf der Grundlage von Interviews mit den Vertreter_innen von sechs bürgerschaftlichen Quartiersinitiativen in Bonn, Köln und Wuppertal werden hier die wichtigsten Gemeinsamkeiten skizziert.
- Die Initiativen haben das Potenzial, eine breite, föderal organisierte Bewegung für eine starke Demokratie zu bilden, dafür sollten sie sich aber zum Teil einiger Widersprüche bewusst werden und sich mit Spannungsfeldern auseinandersetzen.

Stärkung der Demokratie an der gesellschaftlichen Basis

Die Krise des liberalen Demokratiemodells hat in den letzten Jahren in Europa (und nicht nur hier) zu einem Erstarken extremistischer Bewegungen und autoritärer Tendenzen geführt. Die verblüffenden Parallelen zu der Zeit nach der großen Finanzkrise von 1929 geben Anlass zur Sorge. Es gibt aber auch eine zweite bedeutende und nicht zu unterschätzende Reaktion: Gerade das *Schwächeln* der Demokratie fördert die Entwicklung einer *starken Demokratie* an der Basis der Gesellschaft. In den Städten haben Bürger_innen eine Vielzahl sehr unterschiedlicher Initiativen gebildet, weil sie eine Lösung der Probleme nicht mehr allein von den etablierten Institutionen erwarten: Sie ermächtigen sich selbst dazu. Diese Bürger_innen wollen Subjekte statt Objekte der Politik sein und verfolgen die sogenannte Große Transformation[1], das heißt einen gesellschaftlichen Wandel und die Entwicklung hin zu einer gelebten Nachhaltigkeit als Bottom-up-Prozess in den Stadt-

FGW Forschungsinstitut für gesellschaftliche Weiterentwicklung

quartieren, von unten nach oben. Aus ihrer Sicht ist die einseitige Steuerung einer Gesellschaft von oben nach unten eher Teil des Problems. Dies haben die internationale Finanzkrise von 2007/2008 und die Skandale um Großprojekte wie *Stuttgart 21* bewiesen. Was aber zeichnet lokale Initiativen für die Große Transformation aus? Welche Gemeinsamkeiten können trotz oder gerade wegen ihrer Vielfalt benannt werden, und vor welchen Herausforderungen stehen die Initiativen?

Die sechs betrachteten Initiativen im Überblick

Zwei Initiativen wurden gegen ein Investorenprojekt im Quartier gegründet: *Viva Viktoria!* im Bonner Zentrum und die *Bürgerinitiative Helios* in Köln-Ehrenfeld haben den Bau eines großen Einkaufszentrums verhindert.

Zwei Initiativen wurden ins Leben gerufen, um Bürger_innen zu aktivieren, ihre eigenen Stadtquartiere lebenswerter zu gestalten und Nachbarschaftsstrukturen zu stärken: Der *Tag des guten Lebens* in Köln und der *Aufbruch am Arrenberg e.V.* in Wuppertal fördern unter anderem eine nachhaltige Mobilität und das Miteinanderteilen.

Zwei Initiativen entstanden zunächst, um den Bürger_innen Räume für kreative und nachhaltige Projekte zur Verfügung zu stellen, doch mussten sie sich im Laufe ihrer Entwicklung aus verschiedenen Gründen mit Immobilieninvestoren auseinandersetzen: *Jack in the Box e.V.* in Köln-Ehrenfeld und die *Utopiastadt* in der Wuppertaler Nordstadt verfügen über eigene Räume und bilden gleichzeitig kreative Werkstätten für alternative Stadtentwicklung, Beschäftigungsförderung und Kultur.

Sechs Gemeinsamkeiten von Quartiersinitiativen für die Große Transformation

1. Systemischer Ansatz und unkonventionelle Allianzen. Die Initiativen haben den Anspruch, ökologische, ökonomische, soziale und kulturelle Belange miteinander zu verbinden: „Wir wollen alles anfassen, weil es nur dann Sinn macht, weil alles miteinander verzahnt ist", sagt einer der Gründer der Initiative *Aufbruch am Arrenberg*. Das vernetzte Denken spiegelt sich auch in der Bildung von unkonventionellen Allianzen wider – in Bündnissen nicht nur zwischen Akteuren aus unterschiedlichen Bereichen (z.B. Umweltinitiativen, dem lokalen Gewerbe, sozialen und kulturellen Einrichtungen), sondern auch zwischen organisierter Zivilgesellschaft, Anwohnerschaft und Teilen der Kommunalinstitutionen. Während sich Organisationen, die in übergeordneten Kontexten (bundes-, europa- oder weltweit) tätig sind, oft thematisch spezialisieren, um handlungsfähig zu bleiben, nehmen lokale Initiativen für die Große Transformation eine ganzheitliche Sicht ein; dabei bleiben sie handlungsfähig, indem sie die Komplexität räumlich statt thematisch reduzieren.

2. Die Fokussierung auf den Sozialraum. Die Krise der Demokratie und die Finanzkrise sind Ausdruck einer breiten und tiefen Vertrauenskrise – und die untersuchten Initiativen fördern das Vertrauen im Lokalen, weil sich Menschen hier im Alltag persönlich begegnen können. Schon deshalb kann hier die Demokratie gestärkt werden und eine faire *Ökonomie der Nähe* entstehen: Wo sich Produzenten, Händler und Konsumenten persönlich kennen, findet Missbrauch seltener statt, denn die Qualität der Produkte wird durch engere Beziehungen gefördert. Sozialräume wie Veedel und Kiez, die in ihrer Größe dem menschlichen Maß entsprechen, entfalten eine stärkere Identifikationskraft als übergeordnete Räume wie Stadt, Land oder Europäische Union. Diese emotionale Identifikation ist eine wichtige Voraussetzung für die Bürger_innen zu partizipieren, sprich mitzumachen und sich einzubringen.

3. Das Partizipationsverständnis. „Menschenfreundliche Städte entstehen vor allem, wenn Bürger an ihrer Gestaltung mitwirken können […]. In diesem Sinne ist Teilhabe Ziel und Mittel zugleich", so der WBGU.[2] Das trifft auch auf die untersuchten Initiativen zu. Doch mit den Begriffen *Teilhabe* oder *Partizipation* ist nicht immer das Gleiche gemeint. Wenn kommunale Verwaltungen Bürgerbeteiligungsverfahren initiieren, wird *Partizipation* oft nur auf Information und Konsultation von Bürger_innen reduziert.[3] Bei den untersuchten Quartiersinitiativen handelt es sich hingegen um eine besonders starke Form von Partizipation: Einerseits drückt sie sich im Miteinanderteilen von Gütern, von Solidarität oder Verantwortung aus, andererseits bezeichnet sie die Möglichkeit der Mitgestaltung. In den untersuchten Initiativen ist Partizipation gemeinwohlorientiert, wobei das Gemeinwohl kein statisches Konstrukt ist, sondern ständig im Dialog und demokratisch unter den Bürger_innen im Quartier verhandelt werden muss.

4. Sozialkapital als zentrale Ressource und als zentrales Produkt. Ihre Ziele erreichen die Initiativen vor allem durch Sozialkapital, womit sie auch das oft fehlende ökonomische Kapital kompensieren. Zum Beispiel findet der *Tag des guten Lebens* statt, weil viele Bürger_innen große und kleine Aufgaben ehrenamtlich übernehmen und miteinander teilen: Organisation,

Straßenabsperrungen oder das gemeinsame Frühstück auf der autofreien Straße. Sozialkapital ist aber auch ein bedeutendes ‚Produkt' der Initiativen, denn Solidarität, Engagement und Verantwortung bleiben über den *Tag des guten Lebens* hinaus bestehen. Die Initiative *Aufbruch in Arrenberg* hat gezeigt, dass eine stark verschuldete Stadt wie Wuppertal handlungsfähig bleiben kann, wenn die Anwohnerschaft Verantwortung übernehmen darf und solidarische Strukturen im Quartier entstehen.

5. Urbaner Raum als Gemeingut. Bei den untersuchten Initiativen stellen gemeinsame physische Räume das „Totem"[4] dar, das als Identifikationsmoment der Gemeinschaft oder Symbol der Zusammengehörigkeit dient. „Unsere Gemeinsamkeit ist dieses Haus [der Mirker-Bahnhof] selbst, die Utopiastadt. […] Gemeinsame Erfahrungen machen, in einem Gemeinschaftsraum", sagt eine Gründerin der Initiative im Wuppertaler Quartier Nordstadt. In der Utopiastadt bildet der gemeinsame Raum das Bindungselement zwischen 70 sehr verschiedenen Projektgruppen. Gemeingüter existieren nicht, sondern werden gemacht.[5] So kann auch eine Straße oder eine brachliegende Fläche zu „*unserer* Straße" oder zu „*unserem* urbanen Garten" werden, *wenn* die Nutzer_innen eine Kooperation miteinander eingehen. Eine weitere fundamentale Voraussetzung für eine nachhaltige Bewirtschaftung von Gemeingütern ist die Möglichkeit der Selbstverwaltung.[6]

6. Entwicklung von weltoffenen Gemeinschaftsformen. Bei diesen Initiativen geht es nicht darum, die Dorfgemeinschaft auf die Stadt zu übertragen. Sie pflegen keine Sehnsucht nach traditionellen Formen von Heimat, vielmehr setzen sie Individualität und Gemeinschaft oder Andersartigkeit und Gemeinsamkeit in ein neues Verhältnis. Gegenüber dem Prinzip der Einigkeit oder des Konsenses, das die kreative Selbstentfaltung und die Vielfalt der Menschen einschränken kann, wird das liberalere Organisationsmodell der ‚Wohngemeinschaft' bevorzugt, in dem individuelle Freiräume neben Gemeinschaftsräumen gleichzeitig existieren. So sind die Initiativen einerseits ein Integrationsmoment für unterschiedliche Menschen in den Quartieren („Heimat ist dort, wo ich mitgestalten darf"), andererseits schafft das Kommen und Gehen der Bewohnerschaft eine Brücke zwischen Lokalität und Globalität, zwischen Stadtviertel und Welt – eine Brücke, die Anregungen und Wissen nach innen und nach außen trägt. Migrant_innen und Geflüchtete sind aus dieser Perspektive Botschafter_innen anderer Realitäten im Quartier.

Auf dem Weg zu einer ‚Herrschaft durch das Volk'?

Die wichtigste Herausforderung der untersuchten Initiativen ist die Gleiche wie bei der Großen Transformation: Wie können Menschen echte Alternativen zustande bringen, obwohl sie selbst Teil der Gesellschaft sind und die Kultur in sich tragen, die es zu ändern gilt? An mindestens drei Stellen zeigen die Quartiersinitiativen noch Schwächen und könnten ihr Potenzial stärker ausschöpfen.

1. Multidimensionalität und Inklusion. Auf bewusster, verbaler Ebene treten die Initiativen für eine multidimensionale, integrierte Stadtentwicklung ein und fordern Kooperation und Vielfalt. Auf der unbewussten, non-verbalen Ebene können sie jedoch gleichzeitig einen stark selektiven ‚Habitus' an den Tag legen, indem sie dem einen oder anderen Thema einen größeren oder geringeren Stellenwert beimessen. Werden beispielsweise Themen wie der Klimaschutz tiefergehend verstanden, besteht die Gefahr, dass Fragen wie soziale Gerechtigkeit oder Diskriminierung nicht im gleichen Maße verfolgt werden (oder umgekehrt). Doch wie kann ein Konzept der Stadtentwicklung wirklich integrativ sein, wenn wichtige Ziele nicht gleichberechtigt nebeneinanderstehen? Nur eine Auseinandersetzung mit dem ‚Fremden' im umfassenden Sinne kann zu der Erweiterung der Wahrnehmungshorizonte führen, die für eine nachhaltige Wirkung unerlässlich ist. Die Verschiedenartigkeit einer Bevölkerung lässt sich am besten durch Vielfalt ansprechen und mobilisieren. Dauerhaft an einer Initiative gebunden kann eine soziale und kulturelle Vielfalt durch lernorientierte Organisations- und Kommunikationsstrukturen. Für die Inklusion spielen zwanglose Gelegenheiten und Kommunikationsformen als Brückenbauer eine wichtige Rolle, auch weil Menschen sich auf der Ebene von Gefühlen und Emotionen mehr ähneln als auf anderen Ebenen.

2. Starke Demokratie. Da sich nur ein kleiner Teil der Bevölkerung an den Initiativen beteiligt und dieser nicht von der Mehrheit gewählt wird, sind die Initiativen nicht legitimiert, im Namen aller Anwohner_innen zu sprechen. Solange dies so bleibt, sind Quartiersinitiativen lediglich eine Demokratie als ‚Herrschaft *für* das Volk' (im Sinne des Gemeinwohls, das sie fördern), nicht aber als ‚Herrschaft *durch* das Volk'.[7] Oft müssen innerhalb der Initiativen zwei verschiedene Arten der Legitimation kombiniert werden: Legitimation durch Leistung (z.B. Investition der Pioniere) und demokratische Legitimation durch Wahl. Eine Stärkung ihrer demokratischen Repräsentanz könnten die Initiativen zum Beispiel durch eine Verbindung ihres Ansatzes mit dem der Quartiersräte erreichen.

3. Eine neue Bewegung. Im Moment kämpft jede Initiative vor allem für sich; oft bearbeitet sie nur die lokalen Symptome einer übergeordneten Fehlentwicklung. Die Ursachen auf der gesamtgesellschaftlichen Ebene können jedoch nur gemeinsam durch die Bildung einer breiten, föderalistisch organisierten Bewegung angegangen werden. Bürgerinitiativen setzen sich im Lokalen gegen den Bau von Einkaufszentren ein. Aber nur wenn sich die Bürgerinitiativen untereinander zusammenschließen, haben sie das Potenzial, die gesellschaftlichen Rahmenbedingungen zu verändern, die zu solchen Fehlentwicklungen führen. Ein erster Schritt wäre es, sich zu vernetzen, um voneinander zu lernen. Ein nächster könnte sein, gemeinsam für eine Stärkung der Selbstverwaltung von Stadtquartieren und die Einführung von Mechanismen des gerechten Quartiersressourcenausgleiches auf Stadtebene einzutreten.[8]

Literatur und Anmerkungen

1 - Wissenschaftlicher Beirat der Bundesregierung Globale Umweltveränderungen (WBGU) (2011): Welt im Wandel. Gesellschaftsvertrag für eine Große Transformation, Berlin: WBGU.

2 - WBGU (2016): Der Umzug der Menschheit. Die transformative Kraft der Städte, Berlin: WBGU, S. 8.

3 - Nanz, Patrizia/Fritsche, Miriam (2012): Handbuch Bürgerbeteiligung. Verfahren und Akteure, Chancen und Grenzen, Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung, S. 23.

4 - Durkheim, Émile (1902): Sur le totémisme. In: L'Année Sociologique 5/1902, S. 82-121.

5 - Helfrich, Silke (2011): Gemeingüter sind nicht, sie werden gemacht. In: Ostrom, Elinor: Was mehr wird, wenn wir teilen, München: oekom, S. 11-19.

6 - Ostrom, Elinor (1999): Die Verfassung der Allmende. Jenseits von Staat und Markt, Tübingen: Mohr.

7 - Scharpf, Fritz (1999): Regieren in Europa, Frankfurt/Main: Campus, S. 16.

8 - Bachmann, Boris/Behrens, Maria/Brocchi, Davide/Heynkes, Jörg/Sinn, Matthias/Thiesen, Andreas (2017): Subsidiarität als Motor urbaner Transformation. Impulspapier der Themengruppe Partizipation, Demokratie und Gerechtigkeit im Rahmen der Bergischen Klimagespräche 2017, Wuppertal: Wuppertal Institut.

Über den Autor

Davide Brocchi – Der Dipl.-Sozialwissenschaftler ist als Publizist, Forscher, Transformationsaktivist und Lehrbeauftragter tätig. Im Fokus seiner Arbeit stehen die kulturelle Dimension der Nachhaltigkeit, die Bildung unkonventioneller Bündnisse sowie die urbane Transformation als partizipativer Prozess.

Impressum

Herausgeber: FGW - Forschungsinstitut für gesellschaftliche Weiterentwicklung (e.V.), Kronenstraße 62, 40217 Düsseldorf, Telefon: 0211 99450080, E-Mail: info@fgw-nrw.de, www.fgw-nrw.de

Geschäftsführender Vorstand: Prof. Dr. Dirk Messner, Prof. Dr. Ute Klammer (stellv.)

FGW-Themenbereich: Integrierende Stadtentwicklung

Prof. Dr. Heike Herrmann, Vorstandsmitglied

Dr. Jan Üblacker, Wissenschaftlicher Referent

Layout: Olivia Mackowiak, Referentin für Öffentlichkeitsarbeit

Förderung: Ministerium für Kultur und Wissenschaft des Landes Nordrhein-Westfalen

Erscheinungsdatum: Düsseldorf, Juli 2018

ISSN: 2512-4765

Erfahren Sie mehr in der Studie:

FGW-Studie Integrierende Stadtentwicklung 06

www.fgw-nrw.de/studien/stadtentwicklung06.html